

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
0176.30464959
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 03. Dezember 2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2021 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Mut zum Machbaren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was war das für eine schöne Situation, die wir vor einem Jahr vorgefunden hatten: Ein neu gewählter, hoch motivierter Oberbürgermeister, der natürlich schwer daran zu arbeiten hatte, dass der ganze finanzpolitische Spielraum der nächsten Jahre vor seinem Amtsantritt so gut wie festgezurrert war. Ein Gemeinderat, der versorgt mit viel neuem Personal ebenfalls viel bewegen will. Und eine finanzielle Situation, in welcher die ständigen Mahnungen kleiner Splittergruppen nach einem „notorisch unterfinanzierten Haushalt“ (übrigens ein Zitat unseres ehemaligen Kämmerers Senger aus dem Jahr 2005) fast schon als Spielverderberei gesehen wurden.

Lesen wir in den Haushaltsreden der letzten Jahre nach, finden wir die großen Brocken, die uns auch in 2021 beschäftigen werden, wieder: EATA, Landesgartenschau und Konversion. Jede für sich genommen eine Aufgabe, die auch größere Städte wie unsere vor große Herausforderungen stellen würde. Wir in Ellwangen, wir gehen das mit großem Selbstbewusstsein alles auf einmal an. Und ein weiteres Thema, welches ebenfalls großer Anstrengungen bedarf, packen wir problemlos noch dazu. Nein, ich rede noch nicht von der Bewältigung der Corona bedingten Krisen – es geht um 90 ha Gewerbeflächen, welche die Verwaltung und ein Großteil des Gremiums baldmöglichst erschlie-

ßen will, um den Erweiterungswünschen Ellwanger Firmen und Ansiedlungswünschen externer Firmen Rechnung zu tragen.

Alles zusammen bindet zum einen Unmengen an finanziellen Mitteln: Weit über 16 Mio € sind es z.B. in den Jahren 2022 bis 2024, welche für die „Stadtsanierung Mühlberg“ vorgesehen sind. Die Kosten für die EATA sind da noch gar nicht enthalten, meine Damen und Herren. Geschweige denn die Kosten für den Erwerb des Technischen Bereichs, der ebenfalls für 2021 vorgesehen ist. Oder die Kosten, die für eine weitere Erschließung dieser zweiten großen Konversionsfläche notwendig sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort stehen keine Baracken, sondern Panzerhallen, die entsprechend robust gebaut sind. Deren Rückbau ist kein Kinderkram, sondern eine große – vor allem finanzielle - Herausforderung.

Aber auch die personellen Ressourcen, die der Stadt zur Verfügung stehen, sind begrenzt. An all diesen Stellen ist z.B. die Stadtplanung gefordert. Und jedes dieser einzelnen Projekte – Konversion, Gewerbeflächen, vor allem aber die LGS – würden die ganze Aufmerksamkeit dieser aktuell wichtigsten städtischen Schaltstelle benötigen. Stattdessen sind die dort beschäftigten Fachleute unter größtem Druck, die anstehenden Aufgaben termin- und fristgerecht auf die Reihe zu bekommen. Für uns besteht die große Sorge, dass das kreative und innovative Potential unserer Stadtplaner unter diesen Bedingungen nicht voll abgerufen werden kann. Dies wäre aber bitter nötig, um keine zufriedenstellende, sondern eine optimale und zukunftsfähige Lösung zu finden.

Oder nehmen wir das städtische Bauamt: Ganz abgesehen vom Umbau der EATA, die ebenfalls große personelle Ressourcen bindet, laufen auch immer wieder bei anderen städtischen Bauvorhaben die Kosten aus dem Ruder. Auch hier wäre es wohlfeil, über die Gründe zu spekulieren. Unsere These ist: Ohne die schier überbordende Aufgabenflut wäre sicher die eine Kostenschätzung etwas konkreter, wären sicher die anderen Risiken genauer in Augenschein genommen worden.

Welche Konsequenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sich nun daraus ziehen? Eine Sache wäre: Personal einstellen, ganz einfach! Aber ist das tatsächlich so einfach? In den letzten Jahren bereits haben wir erfahren, dass das Tarifsystem im öffentlichen Dienst nicht immer mit den Angeboten der Privatwirtschaft mithalten kann. Auch wenn wir immer so stolz darauf waren, dass die Arbeitslosenquote in unserem Arbeitsamtsbezirk unter 2% liegt, ist eine Konsequenz, dass gute Fachkräfte nicht unbedingt auf unsere Angebote anspringen.

Aber die andere Sache: Für das nächste Jahr planen wir mit Personalkosten in Höhe von knapp 19 Mio €. Da können wir jetzt viel vergleichen: 5 Mio mehr als 2017, eine Steigerung um über 30 % in 5 Haushaltsjahren – gehen wir noch etwas weiter zurück, nach 2011, stellen wir sogar fast eine Verdoppelung fest. Und ja: Es gab Tarifsteigerungen und wir haben die Kinderbetreuung massiv ausgebaut. Wenn wir diese Faktoren

rauslassen, sind es trotzdem noch 33 % höhere Ausgaben, haben wir fast 30 % mehr Stellen. Man könnte jetzt zur Beruhigung sagen: Der Anteil der Personalausgaben an den Aufwendungen des Personalhaushalts habe sich nicht wesentlich erhöht – waren es 2017 23,38 %, sind es in 2021 gerade mal 24,16 %. Aber gerade das ist es, was uns Sorgen bereitet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Löhne und Gehälter sind auch zu zahlen, wenn es nicht mehr so gut läuft. Und die Gewerbesteuer als unsere „wichtigste und höchste Einnahmequelle“, um unseren stellvertretenden Kämmerer Wolfgang Baur zu zitieren, stieg in den letzten 5 Jahren eben nicht um 30 %, sondern eben nur um ca. 15 %. Ganz im Gegensatz zu den Umlagen, die wir an Kreis und Land zu zahlen haben: Diese stiegen im gleichen Zeitraum um eben diese 30 %. Heißt also, dass sich die strukturelle Problematik des Haushalts nochmals verschärft hat. Da verbietet es sich aus unserer Sicht, als einfaches und bewährtes Mittel weiter die Personalschraube nach oben zu drehen.

Wir denken anders: Drehen wir die Aufgabenspirale nach unten. Versuchen wir, die Aufgaben zu priorisieren und sie auf mehrere Jahre zu verteilen und uns nicht immer noch weitere Aufgaben ans Bein zu binden. Da ist für uns ein großes Stichwort die Konversion. Eine große Aufgabe. Manche sagen: Eine Jahrhundertaufgabe. Warum wollen wir sie dann in einem halben Jahrzehnt erledigt haben? Und das in einem, in welcher wir eine andere Jahrhundertchance zu verwirklichen haben: Die Landesgartenschau? Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht macht das überhaupt keinen Sinn. Schauen wir in den Bereich Mühlberg. Hierüber hat die Stadt seit Jahren die Verfügungsgewalt. Die großen Ausgabebrocken beginnen wir aber erst in 2022. Welchen Sinn macht es dann, „koste es, was es wolle“, um eine Äußerung aus diesem Gremium zu zitieren, die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Ende 2022 aus dem hintersten Bereich zu verbannen und an das Land zurück zu geben, für welchen noch nicht einmal konkrete Planungen vorliegen? Wohlwissend, dass das Land diese Einrichtung dringender denn je benötigt und wir mit einer solchen Entscheidung unser bislang sehr gutes Verhältnis zum Land völlig ohne Not belasten?

Wir haben dazu eine ganz andere Idee, die noch nicht einmal Geld kostet. Wir hören immer, eine Entwicklung des Technischen Bereichs – immerhin mehr als 10 Hektar – sei ohne den Hungerbergbereich nicht möglich. Wer sagt uns das? Ihr Bauchgefühl? Ihre Einschätzung? Die Vermarktung der Bauflächen und der Wohnungen im nördlich angrenzenden Bereich der Erstaufnahmeeinrichtung hat nach allem, was wir hören, nicht unter der Nähe zu dieser Einrichtung gelitten. Beauftragen Sie doch eine der hervorragenden Hochschulen für Städtebau und –planung wie z.B. die Hochschule Nürtingen damit, Entwicklungsszenarien für den Technischen und den Hungerberg-Bereich zu entwickeln, die uns Nutzungen mit oder ohne die Erstaufnahmeeinrichtung aufzeigen sollen. Dies kann uns allen zu ganz neuen Erkenntnissen verhelfen.

Ein kleines Stichwort als Kontrast zu dem großen Stichwort Konversion sind die Schnellschüsse der Verwaltung, die aus unserer Sicht nicht sein müssen und dem Ziel eines genehmigungsfähigen Haushalts zuwiderlaufen. Meine Damen und Herren, die Verwaltung legt uns einen Ergebnishaushalt mit einem Defizit von 11,5 Mio € vor. Zur Erinnerung: Noch in seinem Sommerinterview hat unser Oberbürgermeister von einem Defizit von 8 Mio € gesprochen, jetzt sind es bereits fast 50 % mehr! Trotzdem werden noch Baumaßnahmen wie z.B. im Sportzentrum Hungerberg geplant, nur, weil es gerade Fördermittel gibt, die uns dann völlig unerwartet auch noch zugesprochen werden. Wir sagen: Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche. Welchen Sinn macht es, wenn sich die Verwaltung in Klausur zurückzieht, um eine Priorisierung der wichtigsten Aufgaben vorzunehmen, wenn dann weitere Baumaßnahmen mit weiteren Ausgaben dazukommen, wohlwissend, dass durch deren Abschreibungen der Ergebnishaushalt der Folgejahre weiter belastet und nicht entlastet wird?

Und nun kommen wir zu Corona. Durch eine beispiellose gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung ist es in unserem Land gelungen, die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen im internationalen Vergleich auf einem erstaunlich niedrigen Niveau zu halten. Noch ist nicht auszumachen, welche Langzeitfolgen diese Pandemie haben wird. Aber allein schon der Blick in unseren Haushalt zeigt die Unwägbarkeiten für öffentliche Haushalte, welche sie mit sich bringt. Und eines ist auch sicher: Das Geld, welches Bund und Land zur Stützung der Wirtschaft und auch der Kommunen ausgegeben haben, wird in den nächsten Jahren nicht im selben Umfang fließen können. Bekommen wir nicht tatsächlich vom Land Kompensationsleistungen für Gewerbesteuer ausfälle in Höhe von 4,5 Mio €, obwohl wir bei weitem nicht mit Ausfällen in dieser Größenordnung rechnen? Klar ist, dass es solche Leistungen nicht jedes Jahr geben wird, vielmehr werden die Zuweisungen, die wir als Kommune bekommen, eher geringer werden, als dass sie steigen. Wir werden deshalb zu einzelnen Positionen in diesem Plan keine näheren Ausführungen machen, weil aus unserer Sicht die großen Ausgabenblöcke feststehen und alles andere sehr sorgfältig beobachtet und der kommenden Entwicklung angepasst werden muss.

Trotzdem haben wir noch einige Ideen, die viel bringen können und wenig kosten:

- Alle Jahre wieder bemühen wir das Thema Radwege. Im Radwegekonzept wurden viele Maßnahmen erwähnt, die dringend gemacht werden müssen, aber aufwendig zu planen und umzusetzen sind. Also Zeit brauchen. Im Haushalt ist z.B. ein Radweg von Pfahlheim nach Röhlingen aufgeführt. Klar, dass so etwas Zeit braucht. Im Radwegekonzept stehen aber auch viele kleine Dinge drin, die man sofort machen könnte, die viel bringen und die nicht viel kosten. Wir sind alle sehr stolz, dass der Kocher-Jagst-Radwanderweg durch unsere Stadt führt. Wir schaffen es aber nicht, den vielen tausend Radtouristen, die jährlich diese Strecke fahren, Bordsteinkanten abzusenken, wie sie z.B. in Rindelbach bei der Querung der

Straße bestehen. Unsere Bitte: Schauen Sie sich das systematisch an und beseitigen Sie diese Ärgernisse umgehend.

Die bestehenden Radwege in der Kernstadt sind teilweise in einem erbärmlichen Zustand. Markierungen fehlen, Verkehrszeichen für den Autoverkehr werden bei Baustellen und Bedarfsumleitungen mitten auf den Weg gestellt, und das Kennzeichnen von Lampenmasten und anderen Hindernissen, die nun eben mal mitten auf dem Radweg stehen, ist leider im Ansatz stecken geblieben. Und gerade für die Radtouristen ist es leicht, die Innenstadt zu finden. Wohin die Reise dann aber weitergehen soll, ist häufig dem Zufall überlassen und nicht einem entsprechenden Verkehrsschild zu entnehmen.

- Naturschutz. Meine Damen und Herren, unser Jugend- und Kulturzentrum zeigt uns auf, wie Umwelt- und Naturschutz auch funktionieren kann. In einer guten Kooperation mit Naturschutzverbänden und Schulen, aber auch unserem Bauhof und der Stadtförsterei werden Kinder und Jugendliche für eine nachhaltige und ressourcenschonende Lebensweise sensibilisiert. Hut ab vor dieser pädagogischen Leistung. Und Hut ab auch, dass dies funktioniert und gemacht wird, ohne zusätzliche Projektmittel dafür bei der Stadt beantragt zu haben. Was jetzt noch dazu kommen könnte, wäre ein ökologischer Umbau unserer Stadtgärtnerei. Grünflächen mähen, nicht wann es das Auge vorgibt oder der Arbeitsplan vorsieht, sondern wann es aus ökologischer Sicht sinnvoll ist. Und noch eine Bitte: Nicht immer wissen wir Bescheid, welche ökologisch wertvollen Projekte vom Bauhof und den dort angeschlossenen Dienststellen schon umgesetzt werden. Wir freuen uns, wenn auch diese Berücksichtigung in den Tätigkeitsberichten finden.
- Wir sehen dies auch im Zusammenhang mit der LGS, die in 5 Jahren in unserer Stadt umgesetzt wird. Wann, wenn nicht jetzt, starten wir damit, in all den Bereichen, die nicht von großen Baumaßnahmen betroffen sein werden, unsere Sicht von Nachhaltigkeit durch eine entsprechende Bewirtschaftung öffentlicher Flächen oder auch Bepflanzung aufzuzeigen? Wäre es nicht an der Zeit, auch die Bevölkerung mitzunehmen und durch einen wie auch immer gearteten Pflanzwettbewerb die nachhaltige Bewirtschaftung auch in die privaten Grundstücke zu bringen?

Wir sind der Auffassung, dass in vielen Bereichen weniger wirklich mehr sein könnte und auch schneller und direkter bei der Bürgerschaft ankommen würde.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.